

Jochen Stay, .ausgestrahlt

Stellungnahme zur Anhörung der Atom-Finanz-Kommission des Bundeswirtschaftsministeriums

Berlin, 17. Dezember 2015

Vorbemerkung der schriftlichen Fassung: *Unsere grundlegende Forderung ist, dass die AKW-Betreiber ihren Rückstellungen für Abriss und Atommüll-Lagerung entsprechende Werte in einen öffentlich-rechtlichen Fonds einbringen, eine Nachschusspflicht bei Kostensteigerungen darüber hinaus erhalten bleibt. Dies wurde in der Anhörung von den Vertretern von BUND und Greenpeace ausführlich begründet, so dass die Stellungnahme von .ausgestrahlt sich auf weitere Aspekte der Debatte bezieht.*

1.

Die Kommission hat einen falschen Namen

Als ich eingeladen wurde, war ich irritiert, irritiert über den Namen dieser Kommission. Sie heißt „Kommission zur Überprüfung der Finanzierung des Kernenergieausstiegs“. Dabei haben die Kosten, über die hier gesprochen wird, ja überhaupt nichts mit dem Ausstieg zu tun.

Selbst ohne Ausstiegs-Beschluss muss jedes Atomkraftwerk irgendwann abgerissen werden. Die Kosten fallen also so oder so an. Und je früher ein Reaktor abgeschaltet wird, umso niedriger sind die Abriss-Kosten, weil die Kontamination bei kürzerer Laufzeit geringer ist.

Selbst ohne Ausstiegs-Beschluss muss der Atommüll langfristig gelagert werden. Und da die am stärksten strahlenden Abfälle, die abgebrannten Brennelemente, hauptsächlich beim Betrieb des Reaktors anfallen, führt ein kürzerer Betrieb zu geringeren Abfallmengen und damit zu geringeren Kosten.

Wer also die Folgekosten der Atomkraft-Nutzung reduzieren will, sollte dafür sorgen, dass die derzeit noch laufenden acht Atomkraftwerke nicht noch Jahre weiterlaufen, die meisten bis 2022, sondern bereits jetzt abgeschaltet werden. Das spart nicht nur Geld, sondern minimiert auch die Risiken.

Es ist aus meiner Sicht keine Petitesse, dass für diese Kommission ein so unzutreffender Name ausgewählt wurde. Denn der Name, der in den Medien breit aufgegriffen wird, führt zu dem Missverständnis, dass es der Ausstieg ist, der Kosten verursacht. Und damit wird der Atomausstieg öffentlich diskreditiert.

Völlig absurd wird es im Gutachten der Boston Consulting Group, im Auftrag der Stromkonzerne. Da steht: „Durch den Ausstieg aus der Kernenergie ergibt sich der zeitliche Druck, ein Endlager zur Aufnahme der radioaktiven Abfälle zu finden.“ Völlig falsch! Der Druck, einen auf Dauer sicheren Lagerplatz zu finden, entsteht durch die jahrzehntelange Produktion von Atommüll, Tag für Tag in jedem Atomkraftwerk – auch heute noch und wenn es nach dem aktuellen Atomgesetz geht, auch noch weitere sieben Jahre.

2.

Die Bevölkerung möchte, dass die Konzerne alleine zahlen

Nach einer repräsentativen Umfrage von TNS Emnid, durchgeführt in der letzten Woche, wollen 70 Prozent der Bevölkerung, dass die Stromkonzerne die Kosten für den Abriss der Atomkraftwerke und die Lagerung des Atommülls alleine tragen. Selbst von den Anhängern von CDU/CSU befürworten 64 Prozent eine alleinige Verantwortung der AKW-Betreiber.

Die vollständigen Umfrage-Ergebnisse: <http://bit.ly/1RDdQER>

3.

Die Bürgerinnen und Bürger haben schon zweimal gezahlt – sie sollten nicht ein drittes Mal zur Kasse gebeten werden

Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler haben bereits den Einstieg in die Atomkraft mit zig Milliarden finanziert. Die Kundinnen und Kunden der Stromkonzerne, Haushalte und Unternehmen, zahlen mit jeder Kilowattstunde einen Zuschlag für die Atom-Rückstellungen. Da wäre es doch völlig absurd, wenn jetzt für die Folgekosten ein drittes Mal die Bürgerinnen und Bürger herhalten müssten, während die Energiekonzerne Dividenden an ihre Aktionärinnen ausschütten. Alleine RWE und Eon haben seit dem Jahr 2000 über 44 Milliarden Euro an Aktionäre verteilt.

4.

Der Stresstest übersteht selbst keinen Stress

Die Ergebnisse des Stresstests bedeuten keine Entwarnung. Sowohl die Methoden der Gutachter als auch die Bewertung durch Bundeswirtschaftsminister Gabriel blenden zahlreiche Risiken aus, die selbst in den Worst-Case-Szenarien nicht aufgenommen sind.

Ein zentraler Teil des Gutachtens, nämlich die Abschätzung der Kosten, beruht weitgehend auf Angaben der Stromkonzerne und ihrer Tochterunternehmen wie der Gesellschaft für Nuklearservice (GNS). Die Wirtschaftsprüfer stellen klar: „Hinsichtlich der Richtigkeit der uns

zur Verfügung gestellten Informationen gehen wir (...) grundsätzlich von der Richtigkeit dieser Informationen aus und übernehmen insofern keine eigene Verantwortung“. Sprich: Die AKW-Betreiber sagen, wie viele Rückstellungen es braucht und die Wirtschaftsprüfer bescheinigen Gabriel, dass alles gut ist, ohne es zu prüfen.

Kostensteigerungen bei den extrem aufwändigen und komplexen Atommüll-Projekten werden im Stresstest mit maximal 1,9 Prozent pro Jahr angenommen. Wir wissen von anderen Großprojekten, dass ganz andere Kostenexplosionen möglich sind, obwohl eine Philharmonie oder ein Flughafen deutlich weniger aufwändig zu errichten sind als ein Atommüll-Lager für eine Million Jahre.

Auch die Erfahrung mit bisherigen Atom-Abrissprojekten zeigt dies: Der Abriss des AKW Würgassen kostete mehr als doppelt so viel als ursprünglich veranschlagt. Die Kosten für den Abbau des AKW Stade sind explodiert, als man radioaktive Belastungen des Betonsockels entdeckte, mit denen niemand gerechnet hatte.

Die Gutachter gehen davon aus, dass die Einnahmen der Stromkonzerne und damit ihre Möglichkeit, die Folgekosten der Atomkraft-Nutzung zu zahlen, ab 2040 bis zum Ende des Jahrhunderts kontinuierlich ansteigen. Das ist insofern abenteuerlich, als dass derzeit nicht einmal sicher ist, ob die Unternehmen überhaupt die nächsten zehn Jahre überstehen.

Wenn die Gutachter behaupten, das aktuelle Vermögen der Stromkonzerne reiche aus, die Atom-Kosten zu begleichen, dann blenden sie völlig aus, dass sich die Werte dieses Vermögens seit einigen Jahren auf rasanter Talfahrt befinden. Schreibt man diese Entwicklung fort, ist in absehbarer Zeit nicht mehr viel zu holen.

Sigmar Gabriel behauptete bei der Vorlage des Stresstests, die Rückstellungen der Stromkonzerne für die Folgekosten der Atomkraft seien ausreichend. Eines seiner Argumente: Das Reinvermögen aller AKW-Betreiber betrage zusammen 83 Milliarden Euro. Damit seien selbst die von den Stresstest-Gutachtern für künftige niedrige Verzinsung errechneten Kosten von 77 Milliarden Euro finanzierbar.

Diese Prognose sollte laut Gabriel mindestens für die nächsten acht Jahrzehnte halten. Sie hielt aber nur genau einen Monat. Dann nahm Eon eine Wertberichtigung vor – minus 8 Milliarden – und hoppla sind die Stromkonzerne zusammen nur noch 75 Milliarden wert. Und das soll bis zum Ende des Jahrhunderts funktionieren? Ich zweifle. Und fordere Sie auf, die Gelder schnell zu sichern.

5.

Nachhaftungsgesetz: Eltern haften für ihre Kinder – auch wenn sie sich scheiden lassen

Ein paar Worte zum Nachhaftungsgesetz: Angelegt wurde es, um zu verhindern, dass Eon sich aus seiner Verantwortung stiehlt, indem die Atomkraftwerke in eine neue Gesellschaft

ausgegliedert werden. Nun hat Eon darauf reagiert und behält die AKW, gliedert aber andere große Vermögenswerte aus. Damit reduziert sich die Haftungsmasse gewaltig. Ähnlich geht RWE vor.

Gehen Eon oder RWE pleite, dann könnte auf die veräußerten Unternehmensteile nicht mehr zugegriffen werden. Das verhindert auch die derzeitige Fassung des Nachhaftungsgesetzes nicht. Es muss also geändert werden und auch diesen Fall mit einbeziehen, nach der einfachen Regel: Eltern haften gemeinsam für ihre Kinder – auch wenn sie sich scheiden lassen.

6.

Und was ist mit den Arbeitsplätzen, wenn RWE pleitegeht?

Manche behaupten, wenn RWE die Gelder, die den Atom-Rückstellungen entsprechen, in einen öffentlich-rechtlichen Fonds einzahlen müsste und es zusätzlich eine Nachschusspflicht für Kostensteigerungen gäbe, dann könnte der Konzern pleitegehen. An die Wand gemalt wird dann ein Szenario von 60.000 gefährdeten Arbeitsplätzen.

Das soll dann besonders in der SPD Rettungsreflexe auslösen, die dazu führen sollen, dass RWE geschont wird.

Ich frage mich: Selbst wenn RWE pleitegeht – müssen nicht auch zukünftig Netze gewartet, Zähler montiert, Rechnungen an die Kundinnen und Kunden geschrieben werden? Wird dann nicht ein anderes Unternehmen diese Arbeitskräfte übernehmen, weil die Arbeit weiter da ist, selbst wenn RWE nicht mehr da ist?

7.

Keine Atomanlagen in den Topf

Die Boston Consulting Group schlägt vor, kein Geld aus den Unternehmen in eine Stiftung oder einen Fonds einzuzahlen, sondern Unternehmensteile zu überführen, zum Beispiel alle Atomkraftwerke. Gerüchteweise gibt es auch die Idee, die Anteile von RWE und Eon an der Urenco, der Betreibergesellschaft von Urananreicherungsanlagen wie in Gronau, mit in den Topf zu packen.

Boston sagt, das spart Geld, wenn der Rückbau und die Entscheidungen darüber quasi in einer Hand sind. Und das Schlimme ist: Sie haben auf fatale Weise recht.

Beispiel Obrigheim in Baden-Württemberg: Das Kraftwerk gehört der EnBW, die EnBW gehört dem Land. Das Land übt gleichzeitig die Atomaufsicht aus. Und der grüne Umweltminister Untersteller erlaubt der EnBW beispielsweise, beim Abriss in Obrigheim an

kontaminierten Wänden weniger Messungen zu machen, als eigentlich aus Sicherheitsgründen vorgeschrieben sind, weil das Kosten spart.

Das zeigt: Die Atomaufsicht und die Entscheidungen über die Rahmenbedingungen müssen klar getrennt sein von der unternehmerischen Verantwortung für die alten Meiler.

Ich befürchte zudem, dass sonst der dringend notwendige Ausstieg aus der Urananreicherung ausbleibt, weil die Urenco noch möglichst lange Geld für die Folgekosten der Atomkraft erwirtschaften soll. Eine absurde Vorstellung, der jede öffentliche Akzeptanz fehlen würde.

8.

Die Arroganz der Macht hat ausgedient

Ich habe die Gutachten der Boston Consulting Group und von Freshfields gelesen. Ich gehe davon aus, dass sich darin die Position der AKW-Betreiber wiederfindet. Was mir aufgefallen ist: Da wird unheimlich viel gejammert und lamentiert über die schwierigen politischen Rahmenbedingungen, durch die zusätzliche Kosten beispielsweise bei der Atommüll-Lagerung entstehen.

Doch diese Beschwerden fallen meines Erachtens auf die Stromkonzerne selbst zurück. Klar, es gab Zeiten, in denen die Wenigen, die von der Nutzung der Atomkraft profitieren, mehr Einfluss hatten, als die Vielen, die den Risiken ausgesetzt sind. Mir fällt da sofort die Überheblichkeit eines Herrn Großmann ein, der darüber feixte, dass er 2010 Laufzeitverlängerungen gegen eine große gesellschaftliche Mehrheit durchsetzen konnte, weil er einen guten Draht ins Kanzleramt hatte. Und mir fällt ein, dass das Amt des obersten Atomaufsehers der Republik lange Jahre von einem bekannten Nuklearlobbyisten besetzt war – der jetzt auch hier in der Kommission sitzt.

Aber wer so agiert und sich auf seine Macht verlässt, der geht eben auch große Risiken ein, weil er den Interessen der Mehrheit schadet. Wer selbst nach der Tschernobyl-Katastrophe noch neue Reaktoren in Betrieb nimmt, wer Atommüll produziert, ohne dass die Frage der Langzeitlagerung geklärt ist, wer mit aller Macht für Laufzeitverlängerungen kämpft, in einer Gesellschaft, die Atomenergie mehrheitlich ablehnt, dem ist nicht zu helfen.

Wie der Gorleben-Untersuchungsausschuss ermittelt hat, war schon wenige Jahre nach der Standortbenennung 1977 klar, dass der Salzstock nicht als Atommüll-Lager geeignet ist. Doch kein AKW-Betreiber hat sich bei der Politik oder den Behörden beschwert, dass in Gorleben trotzdem weitergebaut wurde. Niemand hat teure Anwälte engagiert, um das Projekt zu stoppen. Die EVU haben brav dafür gezahlt. Denn das Bergwerk hatte eine wichtige Funktion für sie. Nicht etwa zur künftigen Lagerung von Atommüll. Sondern es war die Lebensversicherung für die Atomkraftwerke.

Wer ein AKW betreiben will, muss den Behörden einen Entsorgungsnachweis vorlegen, damit er eine Betriebsgenehmigung bekommt. Und dieser Nachweis konnte unter anderem damit erbracht werden, so stand es in der entsprechenden Verordnung, dass es Fortschritte bei der Suche nach einem Endlager gibt. Dann hieß es: Wir graben ja in Gorleben, es gibt also Fortschritte. Und so gab es die behördliche Genehmigung zur Produktion von Atommüll – ohne dass die Probleme der langfristigen sicheren Lagerung gelöst sein mussten.

Und jetzt, da dieses Spiel mit Gorleben nicht mehr so reibungslos funktioniert, jetzt, wo der Widerstand aus der Bevölkerung dafür gesorgt hat, dass über eine vergleichende Suche zumindest nachgedacht wird (ich bin noch nicht sicher, ob es wirklich dazu kommt), jetzt beschweren sich die Stromkonzerne, das würde aber teuer werden und das hätten sie ja nicht zu verantworten. Tja, Pech gehabt, würde ich sagen – die eigene Macht überschätzt.

Ich sage es bewusst zugespitzt, damit die Absurdität dieser aktuellen Debatte deutlich wird: Die kommenden Generationen werden, da bin ich mir sicher, die Produktion von Atommüll durch unsere Generation als Verbrechen an unseren Nachkommen brandmarken.

Wer nun aber mit einem solchen Verbrechen Milliarden verdient hat und dann auch noch jammert, wenn das das nicht mehr funktioniert und man dann zumindest finanziell zur Verantwortung gezogen wird, das ist schon schäbig.

Ja, mir ist bewusst, dass das alles legal war – aber es war auch deshalb legal, weil die Energiewirtschaft großen Einfluss auf die Gesetze genommen hat, die am Ende nicht mehr die Bevölkerung schützen, sondern die Gewinninteressen.

Ich würde mir wünschen, dass die Stromkonzerne sich ihrer Verantwortung demütig stellen, statt teure Anwälte zu engagieren, die versuchen, die Kosten für die Folgen eines verwerflichen Handelns anderen aufzudrücken.

Und nein, das Aktienrecht steht dem nicht entgegen. Es wäre ein gigantischer Reputationsgewinn für diese Unternehmen. Und der lohnt sich auch ökonomisch.

9.

Wer ist verantwortlich, wenn es länger dauert?

Freshfields beschwert sich darüber, dass die Suche nach einem langfristigen Lagerplatz für den Atommüll länger dauert, komplizierter und damit teurer wird, als sie es gerne hätten. Und sie sagen, das sei die Verantwortung des Staates und nicht der Unternehmen.

Ja wie hätten sie es denn gerne? Den Standort Gorleben trotz geologischer Mängel einfach zu Ende bauen, weil es dann schön billig wird? Es ist ja nicht so, dass niemand die AKW-Betreiber davor gewarnt hätte, dass es in Sachen Atommüll komplizierter und damit teurer werden kann, als sie selbst immer behauptet haben – weil es nämlich bis heute einfach keine einzige wirklich sichere langfristige Lösung gibt. Ist das staatliches Versagen? Oder doch

einfach Geologie und Physik – mithin auch Vorständen und Aufsichtsräten bei Investitionsentscheidungen zugängliche Information?

Als Monika Griefahn als Umweltministerin im niedersächsischen Kabinett Schröder/Trittin Anfang der 90er Jahre das Projekt Gorleben beenden wollte, engagierten die Stromkonzerne teure Anwälte, um dies zu verhindern. Den Unternehmen wären viele Kosten erspart geblieben, wenn sie Griefahn, also den Staat, hätten machen lassen. Dann wären wir heute schon deutlich weiter. Nicht der Staat ist also Verursacher der teuren Verzögerungen, sondern die Energiewirtschaft selbst.

Wie hätten sie es denn gerne? Noch mehr Polizei und noch mehr Gewalt, um das Projekt durchzusetzen?

Mich hat Hannes Wimmer beeindruckt, der Geschäftsführer der Gesellschaft für Nuklearservice, also quasi der oberste Atommüll-Mann der Stromkonzerne – Mister Castor, wenn man so will. Er hat sich beim letzten Castor-Transport nach Gorleben 2011 beobachtend unter das Demonstrationsgeschehen gemischt, hat sich Einsatz von 30.000 Polizeibeamtinnen und Beamten angesehen, den Protest und Widerstand der örtlichen Bevölkerung und vieler Menschen aus dem ganzen Bundesgebiet, der dazu geführt hat, dass dieser Transport länger dauerte als jeder zuvor. Die Polizei musste insgesamt über 100 Blockadeaktionen räumen. Und Wimmer hat hinterher gesagt: So kann das nicht weitergehen. So können wir diesen Konflikt nicht lösen. Es braucht einen Neustart.

Und daraus macht Freshfields lapidar: Die Politik macht ihren Job nicht, also muss der Staat für jede Verzögerung zahlen. Nein, umgekehrt wird ein Schuh draus: Unternehmen, die mit einer Technik Geld verdienen, die diese und kommende Generationen gefährdet, die deshalb schwerwiegende gesellschaftliche Konflikte auslösen, diese Unternehmen sollten dringend über das eigene Geschäftsmodell nachdenken – und sich ihrer Verantwortung stellen.

Und wenn sie es nicht freiwillig tun, dann muss diese Kommission Regelungen finden, die sie dazu zwingen.

10.

Die Gesellschaft wird reagieren

Ich habe mich gefragt, warum haben Sie uns Umweltverbände eingeladen? Wir sind keine Ökonomen, keine Juristen. Unsere Kompetenz ist eine andere: wir sind nah dran an der Gesellschaft. Und wir können gesellschaftliche Stimmungen ein Stück weit kanalisieren. Meine Kompetenz besteht darin, Menschen auf die Straße zu bringen, wenn sie das Bedürfnis haben, sich deutlich gegen etwas auszusprechen. Wir können viele Leute dazu

bewegen, ihren Stromanbieter zu wechseln, wenn ihr bisheriger Versorger sich auf eine Weise verhält, die sie nicht mehr mittragen wollen.

2007, nach dem Brand im AKW Krümmel, haben wir die Aktion „Tschüss Vattenfall“ gestartet. Vattenfall hat innerhalb weniger Wochen alleine in Hamburg und Berlin 250.000 Kundinnen und Kunden verloren.

Wenn also diese Kommission zu einem Ergebnis kommt, das die Stromkonzerne schont, dann könnte dies paradoxerweise viel mehr zu ihrem wirtschaftlichen Schaden beitragen. Denn wer will Kundin oder Kunde bei einem Anbieter sein, der seine Verantwortung nicht wahrnimmt, sondern andere für die Schäden zahlen lassen will, die er angerichtet hat?